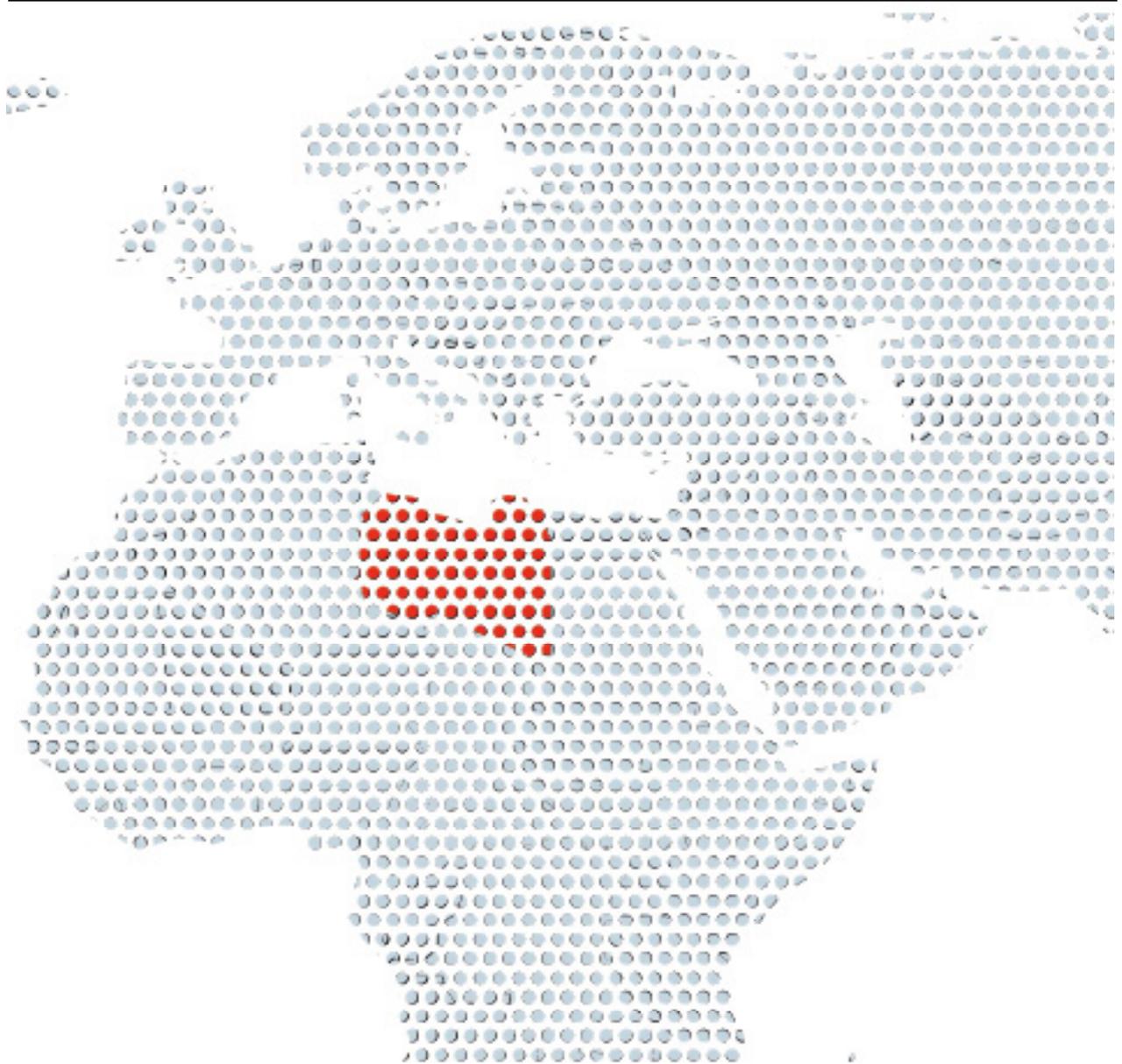


Libyen

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	9
Bewaffung der Streitkräfte	10
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Libyen

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar Al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der VN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche auch ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr verhängte auch die EU Sanktionen gegen Libyen. Nach dem offiziellen Verzicht Libyens auf Massenvernichtungswaffen sowie der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig aufgehoben. Dadurch wurde Libyen zwischenzeitlich zu einem lukrativer Absatzmarkt für Rüstungsgüter und mehrere Staaten versuchten dort Fuß zu fassen. Auch aus Ländern der EU erhielt Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Mio. € und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung.

Im Sommer 2011, nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Libyen und der NATO-Intervention stoppten alle 27 EU Staaten ihre Waffenlieferungen an Libyen komplett oder zu sehr großen Teilen. Einige belieferten nun die Rebellen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte erneut ein Waffenembargo für Libyen.

Der Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 hatte auch Folgen für die Rolle des Militärs. Während einige Teile des Militärs sich mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Sieg der Aufständischen, befindet sich das Land mittlerweile in einem Bürgerkrieg. Mittlerweile haben verschiedene politische und militärische Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen und kämpfen um die Macht. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügt jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwimmen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Neben den US-Sanktionen, waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 zusätzliche Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese sollte und wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken. Derzeit ist ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft. Dieses vierjährige Embargo wurde auch fortgeführt, nachdem das libysche Informationsministerium mitteilte, die libyschen Streitkräfte seien in der Lage, den Islamischen Staat bis Ende 2015 auszulöschen, wenn das Waffenembargo aufgehoben werden würde. Der militärische Sektor in Libyen wurde diese Sanktionen schwer getroffen. Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der VN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft. Seit Februar 2011 besteht aufgrund der Entwicklungen im Land und den anhaltenden Unruhen erneut ein umfassendes Waffenembargo gegen Libyen.

Die Menschenrechtslage in Libyen ist laut zahlreichen Berichten nach wie vor kritisch und wird von vielen internationalen Organisationen bemängelt. Besonders willkürliche Verhaftungen, kein Recht auf freie Meinungsäußerung, keine Versammlungsfreiheit und das fehlende Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, sind Ansatzpunkt massiver Kritik. Auch wenn sich die Situation von Frauen insgesamt etwas verbessert hat, bleibt vor allem häusliche Gewalt weit verbreitet. Trotz massiver Bedenken hat Libyen im Jahr 2003 den Vorsitz der UN-Menschenrechtskommission übernommen. Libyen wurde von der afrikanischen Staatengruppe als Kandidat vorgeschlagen und konnte den Vorsitz letztlich auch nur durch deren Unterstützung bei der Stimmabgabe annehmen. Der UN-Menschenrechtsrat hat Libyen im März 2011 erstmalig in der Geschichte nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft ausgeschlossen. Grund dafür war die anhaltende Gewalt des Diktators gegenüber der libyschen Bevölkerung.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2000	Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger	0,33
2002	Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen	-
2003	Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen	1,31
2005	Geländewagen	0,31
2006	Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3%	2,0
2007	Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6%	23,84
2008	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 58,7%; Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile für Gefechtsfeldüberwachungsradar: 28,2%	4,18
2009	Kommunikationsausrüstung, Störsender und Teile für Kommunikationsausrüstung: 81,4%	53,15
2010	Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile dafür: 72,0%; Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Spähfahrzeuge, Geländefahrzeuge: 16,6%	6,11
2011	Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft], Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte [Hilfsorganisation]: 98,1%	3,89
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 77,4 % Helme, Minenschutzwesten, Bombenschutzanzug und Schutzbekleidung: 21,8 %	1,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 92,2%	5,96
2014	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission, Botschaft, Personenschutz] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 88,8%	2,53
2015	Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission], Magazine [VN-Mission], Waffenzielgeräte [VN-Mission] und Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]: 98,9%	0,13
2016	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

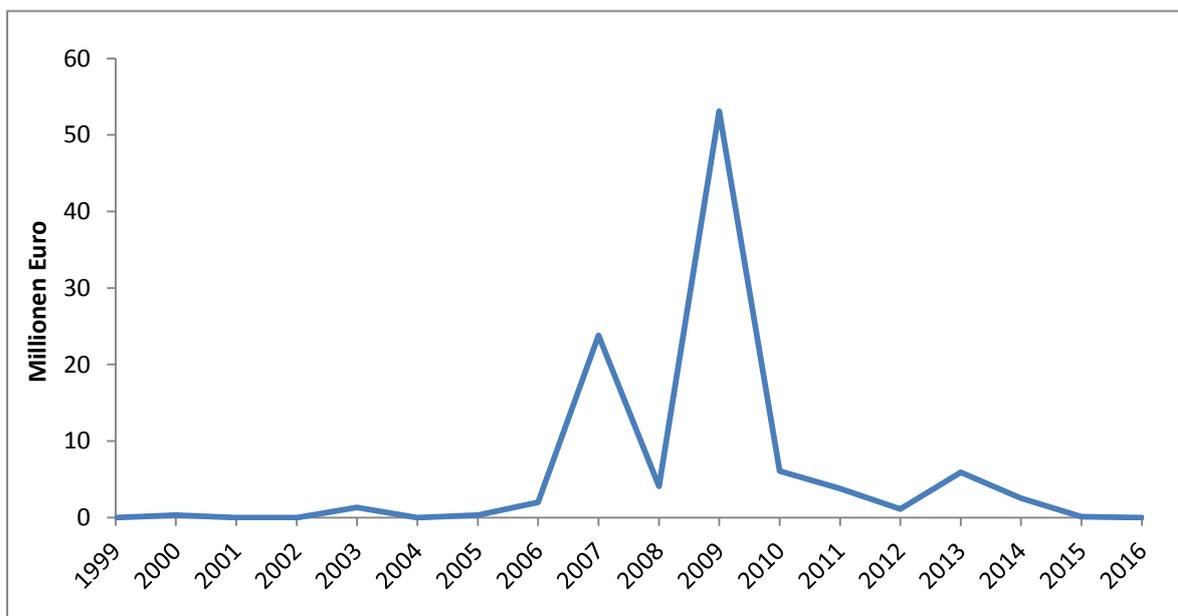


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen 2000-2016

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2016 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Libyen 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	73	120	17	44	9	262

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Libyen 2012-2016, Mio. USD

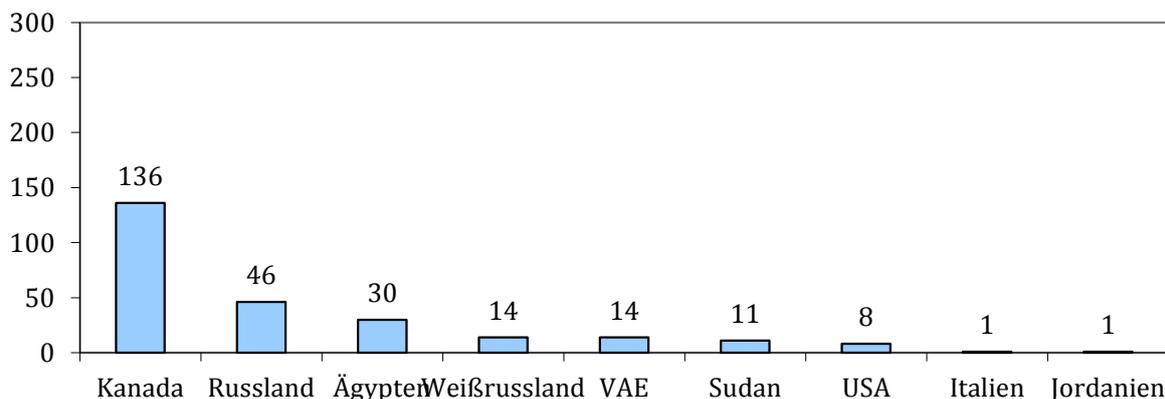
Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Libyen zwischen 2012 und 2016 die 60. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wegen der bis 2004 und seit Februar 2011 von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen wieder verhängten Waffenembargos gegen Libyen, konnte sich das Land in den vergangenen Jahren

kaum mit Waffen und Rüstungskomponenten versorgen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach soll eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Million Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung.

Nach dem Ausbruch der Auseinandersetzungen Anfang 2011 lieferten viele Staaten Waffen an die libyschen Rebellen, die den Sturz des damaligen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi zum Ziel hatten. So soll Katar Milan-Panzerabwehrraketen zur Unterstützung geliefert haben, Italien Ausrüstung zur Selbstverteidigung. Auch die USA und Großbritannien belieferten die libyschen Regimegegner mit einer Vielzahl nicht-tödlicher militärischer Ausrüstungsgegenstände. Während des Konflikts in Libyen haben zahlreiche Waffen das Land erreicht. Bilder deuten auch darauf hin, dass G-36 Gewehre von Heckler & Koch in dem Krieg zum Einsatz kamen. Ausgelöst durch den Konflikt haben zahlreiche europäische Staaten ihre Rüstungsexportlizenzen für Libyen überprüft und angekündigt, keine neuen zu erteilen. Die Waffenproliferation aus Libyen in umliegende Staaten ist zudem ein großes Problem und führt zur Destabilisierung der gesamten Region.

Auch Russland bemüht sich, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren und ist im Zeitraum 2012 bis 2016 der zweitwichtigste Waffenlieferant hinter Kanada. Dass Kanada hier an erster Stelle steht geht auf Lieferungen von gepanzerten Truppentransportern zwischen 2012 und 2016 zurück. Diese Lieferungen, welche einen Bruch des UN-Waffenembargos darstellten, wurden über eine Firma in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgewickelt, die jedoch in kanadischem Besitz ist. Die kanadische Regierung sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, hier ihre Kontrollpflichten verletzt zu haben.

Italien unterstützt die international anerkannte libysche Küstenwache – laut Experten gibt es derzeit wohl drei unterschiedliche in verschiedenen Küstenabschnitten – bei der Bekämpfung illegaler Migration von Nordafrika nach Europa. Im Zuge dessen lieferte Italien im Mai 2017 vier Patrouillenboote der Bigliani-Klasse.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3110	4054	3738	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	3,3	5,5	7,8	-	-
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	8,2	8,7	10,8	-	-

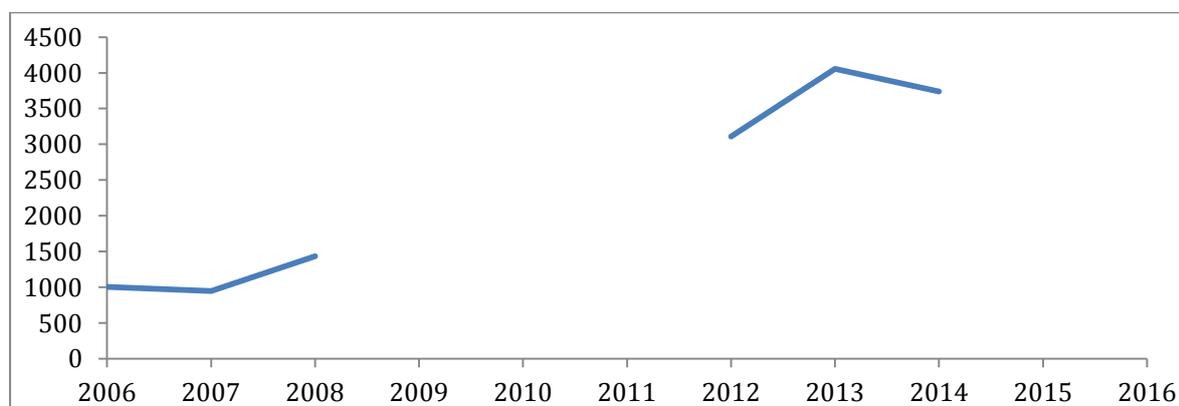
Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

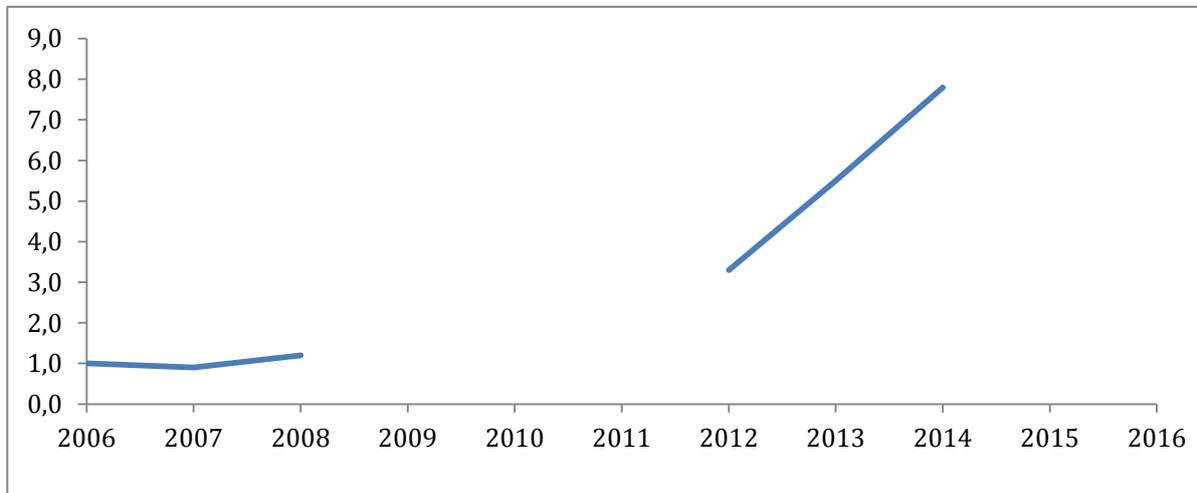


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch jahrzehntelange Embargos existiert in Libyen derzeit praktisch keine eigene Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das erste, bis 2004 andauernde Embargo überstanden, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte nur kurzzeitig mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Bis zum Ausbruch des gewaltsamen Konflikts 2011 war anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren würde. Der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder, nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, ließen einen Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie vermuten. Durch den Ausbruch des Konflikts sank jedoch die Bereitschaft der westlichen Staaten dazu. Auch durch die Intervention der NATO, die die wenigen Einrichtungen empfindlich zerstörte, gilt es weiterhin als unwahrscheinlich, dass sich die libysche Rüstungsindustrie in absehbarer Zeit erholt. Auch die vereinzelt Konflikte zwischen der libyschen Armee und den nach wie vor bewaffneten Rebellengruppen hemmen die Anstrengungen der libyschen Führung, die eigene Rüstungsindustrie wieder aufzubauen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

k.A.

Quelle: *IISS Military Balance 2017***Tabelle 6****Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	76	76	76	-	-	7	7	-	-
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	12,1	11,8	11,6	-	-	1,1	1,1	-	-

Quellen: *IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank***Bewaffnung der Streitkräfte****Tabelle 7****Heer**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Einige	T-55; T-72
Schützenpanzer	Einige	BMP-1/2, Ratel-20
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Einige	4K-7FA <i>Steyr</i> , M113, BTR-60PB, <i>Puma</i>
Bergepanzer	Einige	<i>Centurion</i> 105 AVRE,
Aufklärer	Einige	BRDM-2, EE-9 <i>Cascavel</i>
Panzerabwehr	Einige	u.a. AT-15 Springer, Milan, AT-3 <i>Sagger</i>
Luftabwehr		u.a. SA-24 <i>Grinch</i>
Raketen	Einige	

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Fehlende finanzielle Mittel und eine aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierende Personalschwäche machten das libysche Heer lange militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung aus Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren, als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüsteten Armee der arabischen Welt zu machen, jedoch nicht aus. Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Experten aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen.

Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Ein großer Teil wurde zudem während der Aufstände zerstört. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Innerhalb der neuen libyschen Führung gibt es jedoch Überlegungen, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu bauen. Dabei handelt es sich allem Anschein nach um Radaranlagen, Kameras, Drohnen, Hubschrauber und geländegängiger Fahrzeuge. Berichten zufolge sind an den Verhandlungen dieses Projektes britische, französische, italienische und US-amerikanische Rüstungskonzerne beteiligt. Darüber hinaus will sich Großbritannien an der Ausbildung des Heeres beteiligen. Anfang 2015 hat der UN-Sicherheitsrat eine libysche Anfrage zur Lieferung von Waffen für den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aufgrund des bestehenden Waffenembargos zurückgewiesen. Sieben Ratsmitglieder stimmten für einen Antrag Spaniens, die Anfrage auf Gewährung einer Ausnahme vom bestehenden Waffenembargo nicht zu behandeln, solange die libyschen Konfliktparteien unter Vermittlung des damaligen UN-Sondergesandten Bernardino Leon (seit November 2015 Martin Kobler) über eine politische Lösung des Konflikts verhandeln. Neben Spanien stimmten auch Großbritannien, Frankreich und die USA für den Antrag.

Im Sommer 2015 forderte die Arabische Liga dann eine stärkere militärische Unterstützung für Libyen von der internationalen Gemeinschaft sowie der UN, um Libyen im Kampf gegen den Islamischen Staat stärker zur Seite zu stehen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	1	
Patrouillenboote	Mehr als 11	
Amphibienfahrzeuge	1	Kapazitäten für 1 Helikopter, 11 schwere Panzer, 240 Soldaten
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	3	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 2**Küstenwache**

2 Patrouillenboot; einige Schiffe

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Teilstreitkraft des libyschen Militärs. Im Jahr 1962, mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Mann verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst. Die Marine verfügte einschließlich der Küstenwache über weniger als 7.000 Soldaten und insgesamt 18 Schiffe. Während der NATO-Operationen gegen Libyen versenkten Kampfflugzeuge und Schiffe der Alliierten eine Reihe kleinere Boote – von libyscher Seite wurden sechs Treffer bestätigt – die auch zu Angriffen auf bewaffnete Widerstandsgruppen vom Regime genutzt wurden.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	Einige	MiG-23MLD <i>Flogger</i>
Kampfflugzeuge	1	J-21 <i>Jastreb</i>
Abfangjäger	8	MiG-21bis <i>Fishbed</i> / MiG-21MF <i>Fishbed</i> ; Mirage F-1E (ED)
Trainingsflugzeuge	Mehr als 11	Alle kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Mehr als 1	MiG-21UM
Kampfhubschrauber	Einige	Mi-24/35 <i>Hind</i>
Transporthubschrauber	Einige	Mi-8/Mi-17 <i>Hip</i>
Raketen	Einige	u.a. AA-8 <i>Aphid</i> ; AA-2 <i>Atoll</i>

Quelle: IISS *Military Balance 2017*

Kommentar

Die Luftwaffe war lange in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen und zwei Piloten. Bis zum Ende des Jahrzehnts verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine deutliche Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung und vielfältige Unterstützung verschiedenster kommunistisch geprägter Staaten was die Wartung und das Training der neuen Gerätschaften anging. Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von dem jahrelangen Embargo gegen Libyen hart getroffen worden und galt als veraltet und durchgehend modernisierungsbedürftig. Durch die Angriffe der Alliierten auf die libysche Luftwaffe Anfang 2011, wurde diese sowie die Luftabwehr zerstört bzw. so massiv beschädigt, dass sie nicht einsatzfähig ist. Nach der Neuaufstellung der Luftwaffe sind die meisten Flugzeuge und Hubschrauber auf dem Flughafen Tobruk stationiert, teilweise auch in Misratah.

Box 3***Peacekeeping***

Keine Beteiligung an internationalen Friedensmissionen.

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und den damaligen Kolonialherren Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien, wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armeemitglieder in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteranen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren *National Security Force* und der *Cyrenaican Defense Force* führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee.

Anfangs galt das Militär als angesehene Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen, wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden es viele hochrangige Militäranghörige ihre materiellen Vorteile öffentlich zur Schau zu stellen, um sich von den ehemaligen Offizieren der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten.

Auch Muammar al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Gaddafi nutzte das Militär zudem zu Zwecken der Machtsicherung. So sorgte er dafür, dass Vertreter des Gaddafi-Stammes (Qadhadhifa) sowie der mit ihm verbündeten Stämme Maqarha und Warfalla alle zentralen Posten im Sicherheitsbereich,

also bei Streitkräften, Polizei und Geheimdienst, übernahmen und so ihre Herrschaft absicherten.

Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putsch-Versuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen. Bedeutend für Libyen ist die Schaffung der ersten Frauenmilitärakademie in der arabischen Welt in Tripolis 1979, die bis vor kurzem al-Gaddafi relative Unterstützung in der Bevölkerung sicherte.

Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 veränderte sich die Lage grundlegend: Während einige Teile des Militärs sich mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Da Gaddafi das Militär zunehmend auch zur eigenen Machtsicherung und der Machtsicherung seines Sohnes zweckentfremdet hatte, war die Institution während seiner Amtszeit geschwächt worden. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Sieg der Aufständischen wurde auch das Militär von einer Neuausrichtung und Umstrukturierung erfasst. Unter teilweise chaotischen Umständen wurde versucht, die Milizen der Befreiungsarmee in die regulären libyschen Streitkräfte, die Polizei und andere Einrichtungen der neuen Regierung zu integrieren. Doch die Gewalt hielt weiter an: Zunächst begann im Oktober 2011 ein Übergangsprozess, der durch die Rivalität zwischen lokalen Interessengruppen gekennzeichnet war, die jeweils enge Verbindungen zu Milizen unterhielten. Zwischen den bewaffneten Gruppen entstanden zunächst lokale Konflikte, die sich jedoch schnell ausbreiteten und eskalierten. Mittlerweile haben verschiedene politische und militärische Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen und kämpfen um die Macht. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügt jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwimmen. Beide Lager versuchen, die Kontrolle über den Staatsapparat und insbesondere die Zentralbank und Erdöl-Exporteinnahmen zu erringen. Dies könnte sich mit einer nationalen Einheitsregierung ändern, die im Januar 2016 gebildet wurde. Kurz darauf lehnte das international anerkannte Parlament für Libyen die von der UNO unterstützte Regierung der nationalen Einheit jedoch ab. Dies bedeutet einen schweren Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise im Land. Im Dezember 2015 hatten die Vertreter der beiden libyschen Regierungen in Marokko ein von der UNO vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2006	2007	2008	2009	2010
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Nach den schweren Kämpfen und den politischen Umbrüchen in Libyen ist gegenwärtig unklar, wie eine neue Polizei und die anderen Sicherheitskräfte in Zukunft gestaltet werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Einheiten und Strukturen bestehen bleiben, die Polizei jedoch insgesamt neu strukturiert werden wird. Dabei gilt es insbesondere die nach wie vor bewaffneten Revolutionsbrigaden weiter in die regulären Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte bzw. Regierungsbehörden zu integrieren. Vor dem Krieg hatte die libysche Polizei (People's Security Force – shurta) eine Stärke von etwa 30.000-50.000 Mann und war mit der Ermittlung bei Verbrechen, der allgemeinen Strafverfolgung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut. Gegenspionage war Aufgabe einer Spezialeinheit der Polizei. Die Polizei unterstand dem Sekretariat für interne Sicherheit, das im Innenministerium angesiedelt war, und war entsprechend ihrer Aufgaben in verschiedene Einheiten aufgeteilt. In dem Sekretariat befand sich ebenfalls eine spezielle Zolleinheit, die mit dem Grenzschutz betraut war.

Gaddafis Regime verfügte lange Zeit über einen gut funktionierenden Geheimdienst mit verschiedenen Behörden. Es gab die *Jamahiriya Security Organisation*, die wiederum aus zwei Einheiten bestand, die für interne Sicherheit (Internal Security Apparatus) und die externe Sicherheit (External Security Apparatus) zuständig waren. Wichtig für die geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Regimesicherheit war ebenfalls der militärische Geheimdienst (Al-Istikhbarat al-askariya). Aufgabe der einzelnen Behörden war die Informationsbeschaffung, die Beobachtung regimekritischer Libyer sowie der allgemeine Schutz des Regimes vor Umstürzen oder Bedrohungen von außen. Lange Zeit standen ganze Bevölkerungsteile unter Generalverdacht und wurden intensiv beschattet und kontrolliert. Mit der Öffnung des Regimes Anfang des vergangenen Jahrzehnts änderten sich die Bewachungsmethoden des Geheimdienstes, um die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung eines repressiven Regimes zu ändern.

Es bestand kaum eine vertikale und horizontale Verknüpfung oder Kommunikationsverbindung innerhalb oder zwischen den einzelnen Sicherheitsdiensten. Als zentrale Koordinierungs- und Kommandostelle agierte das Intelligence Bureau of the Leader.

Berichten zufolge haben im Januar 2012 die Justizverwaltung und die ihr angehörigen Polizeieinheiten langsam damit begonnen, die Kontrolle über die offiziellen und provisorisch errichteten Gefängnisse zu übernehmen. Die Polizei steht ähnlich wie das Militär vor großen Herausforderungen. Mit der Öffnung der Polizei für ehemalige Milizen, die

gegen das Regime Gaddafis gekämpft haben, ist der Versuch unternommen worden, die Stabilität im Land wieder herzustellen. Die zunächst geringe Bereitschaft der Milizen sich in die offiziellen Organe einzugliedern zeigt, dass der Regierung noch ein sehr langer Weg beim Neuaufbau und einer Reform der Polizei bevorsteht.

Verschiedene Staaten und die EU haben ihre Hilfe bei einer Polizeireform angeboten. Die Türkei und Libyen haben bereits Gespräche geführt und vereinbart, dass im März 2012 in der Türkei die Ausbildung und das Training, einschließlich berufsbegleitender Schulungen, für Polizisten beginnen soll.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch der Auseinandersetzungen 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. In den 1970er Jahren verfolgte Libyen ebenfalls das Ziel, Atomwaffen zu kaufen. Das Land hatte jedoch weder in der Herstellung noch im Kauf von A-, B-, und C-Waffen großen Erfolg. Im Bereich der biologischen Waffen ist es Libyen wohl nie gelungen, über das Forschungs- und Entwicklungsstadium hinaus zu gelangen. Die zwei, in den 1980er Jahren fertig gestellten, Chemiewaffenanlagen in Rabta und Sebha wurden laut CIA-Berichten jedoch zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt.

Über die hergestellte Menge sind jedoch keine genauen Angaben bekannt. Auf internationalen Druck hin wurde die Produktion 1990 eingestellt.

Für Aufsehen sorgte 1996 die Entdeckung einer unterirdischen Fabrik für C-Waffen im Berg Tarhuna. Die Fertigstellung der Anlage wurde nach publik werden jedoch gestoppt. Für die Forschung zu Atomwaffen stand Libyen einzig ein sowjetischer Leichtwasserreaktor zur Verfügung. Um diesen jedoch militärisch zu nutzen, fehlte laut CIA-Angaben das nötige Wissen. Dennoch war es wohl nicht nur der diplomatische Weg der Libyen letztlich zur Aufgabe seines Massenvernichtungswaffenprogramms brachte. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Agenten fünf Container des deutschen Frachtschiffes BBC China. Brisanter Inhalt der Container, dessen Bestimmungsort Libyen war, waren Spezialbauteile für Gasultrazentrifugen die für den Prozess der Urananreicherung benötigt werden. Aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen sah sich Libyen offensichtlich angesichts des Fundes genötigt, das Massenvernichtungswaffenprogramm einzustellen, wollte es die bisherigen erfolgreichen Verhandlungen nicht gefährden. Gegenstand der geheimen Verhandlungen war die Aufhebung der von den USA, der EU und den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Mit dem Einlenken Libyens im Bereich der Massenvernichtungswaffen, aber auch in anderen Bereichen, kam es 2004 schließlich zur Aufhebung der US-Sanktionen. Diese waren seit 1974 sukzessive verhängt worden, da Libyen immer wieder in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus gebracht wurde. Höhepunkt der von US-amerikanischer Seite verhängten Sanktionen war das 1986 beschlossene komplette Handelsverbot mit dem libyschen Staat.

Neben den US-Sanktionen, waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 zusätzliche Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese sollte und wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken.

Derzeit ist seit Februar 2011 ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft. Dieses Embargo wurde auch fortgeführt, nachdem das libysche Informationsministerium mitteilte, die libyschen Streitkräfte seien in der Lage, den Islamischen Staat bis Ende 2015 auszulöschen, wenn das Waffenembargo aufgehoben werden würde.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2015**

Libya is a parliamentary democracy with a temporary Constitutional Declaration allowing for the exercise of a full range of political, civil, and judicial rights. Citizens elected the House of Representatives (HoR) in free and fair elections in June 2014. The outbreak of major political violence later that year led to the loss of central government control over much of the country's territory and the emergence of rival administrations based in Tripoli and in the eastern city of Tobruk. The Tobruk-based, internationally recognized government of Prime Minister Abdullah al-Thinni did not maintain effective control of government forces or allied militias. Conflict between the Tobruk-based HoR and the Tripoli-based General National Congress (GNC) continued throughout the year. Active fighting between the HoR-aligned Operation Dignity forces and GNC-aligned Operation Dawn forces remained a source of instability. On December 17, members of the UN-led Political Dialogue signed a political agreement in Skhirat, Morocco. The Libyan Political Agreement created a nine-member Presidency Council, headed by Prime Minister Fayez Sarraj. The Government of National Accord formation process was expected to occur in 2016. During the year violent extremist organizations expanded their influence, controlling large sections of territory in the eastern part of the country. Additionally, terrorist groups such as Ansar al-Sharia Da'esh conducted targeted killings, kidnappings, and suicide bombings that resulted in the deaths of hundreds of civilians and officials, primarily in the areas around Benghazi, Sirte, and Derna. Da'esh effectively controlled Sirte for most of the year. Derna remained under the control of designated terrorist group Ansar al-Sharia and other Islamist militants, who were responsible for extrajudicial killings and other serious human rights violations. The most serious human rights problems during the year resulted from the absence of effective governance, justice, and security institutions, and abuses and violations committed by armed groups affiliated with the government, its opponents, terrorists, and criminal groups. Consequences of the failure of the rule of law included arbitrary and unlawful killings and impunity for these crimes, including killings of politicians and human rights defenders, torture and other cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment, and harsh and life-threatening con-

ditions in detention and prison facilities. Other human rights abuses included arbitrary arrest and detention; lengthy pretrial detention; denial of fair public trial; an ineffective judicial system staffed by officials subject to intimidation; arbitrary interference with privacy and home; use of excessive force and other abuses in internal conflicts; limits on the freedoms of speech and press, including violence against, and harassment of, journalists; restrictions on freedom of religion; abuses of internally displaced persons, refugees, and migrants; corruption and lack of transparency in government; violence and social discrimination against women and ethnic and racial minorities, including foreign workers; trafficking in persons; legal and social discrimination based on sexual orientation; and violations of labor rights, including forced labor. Impunity was a severe and pervasive problem. The government did not take steps to investigate, prosecute, and punish those who committed abuses and violations, whether in the security forces or elsewhere in the government. Intimidation, by militias and other armed actors, resulted in paralysis of the judicial system, impeding the investigation and prosecution of those believed to have committed human rights abuses, including against public figures and human rights defenders. When authorities attempted to conduct trials, threats and acts of violence often influenced and curtailed judicial proceedings. Despite well-publicized abuses such as killings, there were no reports of investigations of government officials or security forces leading to indictment and prosecutions in the country. Government officials regularly justified the activities of extralegal armed groups as necessary to “combat terrorism.” Extralegal armed groups continued to fill a security vacuum across the country. They varied widely in their makeup and responsiveness to the state, violated human rights and humanitarian norms, and committed unlawful killings and other abuses. Both the internationally recognized government based in Tobruk and its competitor for power, the administration in Tripoli, failed to control such groups, even those that were nominally under state control, or to prosecute human rights abuses committed by militias. After the outbreak of major conflict in 2014, the government continued to pay the salaries of militias affiliated with both sides.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2015
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2015/2016

The armed conflict continued. Forces affiliated to two rival governments, as well as armed groups, committed war crimes and other violations of international humanitarian law and human rights abuses with impunity. Rights to freedom of expression, association and assembly were severely restricted. Detention without trial persisted; torture and other ill-treatment was common. Women, migrants and refugees faced discrimination and abuses. The death penalty remained in force; several former senior officials were sentenced to death after a deeply flawed trial.

Quelle: Amnesty International Report 2015/2016
<https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/libya/>

Box 6**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017**

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 6

Politische Rechte: 7

Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2016 zurzeit „not available“**

Four years since the downfall of longtime dictator Mu‘ammar al-Qadhafi, Libya remained embroiled in political stalemate and a civil war involving hundreds of rival armed groups in 2015. Over 1,000 people were killed in fighting across the country during the year. Important infrastructure has been damaged during the conflict, and more than 400,000 residents of affected cities and towns have been displaced since mid-2014. Amid the security vacuum and a breakdown in law and order, the Islamic State (IS) militant group steadily gained ground, and consolidated a hub in Sirte. Two competing governments, each with their own parliaments and allied military forces, claim legitimacy: the House of Representatives (HoR), which is based in the eastern city of Tubruk and enjoys widespread international recognition, and the Tripoli-based General National Congress (GNC). Beginning in January 2015, the United Nations led a political dialogue process aimed at establishing a government of national accord; the negotiations involve members of the competing governments, political party representatives, civil society and women’s rights activists, and local council members. In November, GNC and HoR figures opposed to the UN-backed talks spearheaded a parallel, so-called Libyan-Libyan dialogue. In December, representatives from the GNC and HoR signed a UN-brokered agreement that outlined the formation of a national unity government under the leadership of Prime Minister Fayez Serraj, a GNC member. Under the agreement, the HoR would act as a primary legislature, while GNC members would comprise most of a new State Council, a secondary consultative body. The agreement is meant to be in effect until the adoption of a constitution and the subsequent holding of new parliamentary elections. However, neither the HoR nor the GNC had voted to approve the deal at the year’s end, with hardliners on both sides deeming its terms unacceptable. Meanwhile, the United Nations has been unable to facilitate a security agreement between the warring parties. Meanwhile, Libya’s Constitutional Drafting Assembly (CDA), which is based in Al-Bayda and appears to enjoy the recognition of both the GNC and HoR, released a preliminary draft constitution in October. Oil production, the main source of revenue, has declined massively amid sustained unrest, and the financial situation is deteriorating. The Central Bank and state-owned National Oil Company, both headquartered in Tripoli, remained contested, with attempts to set up parallel institutions in eastern Libya.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/libya>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Libyen ist laut zahlreichen Berichten nach wie vor kritisch und wird von vielen internationalen Organisationen bemängelt. Besonders willkürliche Verhaftungen, kein Recht auf freie Meinungsäußerung, keine Versammlungsfreiheit und das fehlende Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, sind Ansatzpunkt massiver Kritik. Auch wenn sich die Situation von Frauen insgesamt etwas verbessert hat, bleibt vor allem häusliche Gewalt weit verbreitet. Trotz massiver Bedenken hat Libyen im Jahr 2003 den Vorsitz der UN-Menschenrechtskommission übernommen. Libyen wurde von der afrikanischen Staatengruppe als Kandidat vorgeschlagen und konnte den Vorsitz letztlich auch nur durch deren Unterstützung bei der Stimmabgabe annehmen. Der UN-Menschenrechtsrat hat Libyen im März 2011 erstmalig in der Geschichte nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft ausgeschlossen. Grund dafür war die anhaltende Gewalt des ehemaligen Diktators gegenüber der libyschen Bevölkerung.

Der Konflikt in Libyen hatte gravierende Auswirkungen für die Menschen und ihre Rechte. Es gibt Anschuldigungen, dass die libyschen Streitkräfte Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchten und es im Vorfeld des Konfliktes es zu hunderten von Tötungen an Zivilisten durch das Regime kam. Zwar nahmen die Nachbarländer viele Flüchtlinge auf, dennoch waren viele Menschen zwischen den Fronten gefangen und litten unter dem Konflikt. In der derzeitigen Transformationsphase kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Tausende von Menschen sind immer noch illegal inhaftiert. Folter und die gezielte Tötung sind weiterhin verbreitet. Die Übergangsregierung hat kaum Kontrolle über die Milizen, die weite Teile des Landes kontrollieren und für ihre Menschenrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Etwa 1 Millionen Libyer sollen als Folge der Konflikte das Land verlassen haben. Waren dies anfangs noch eher begüterte Libyer, die den Konflikt insbesondere in Tunesien, Ägypten und der Türkei abwarten wollten, so mehrt sich in den letzten Monaten die Zahl der prekären humanitären Flüchtlinge. Die Zahl der Binnenflüchtlinge beläuft sich nach Erhebungen von UNHCR und IOM auf etwa 400.000, mit starken regionalen Unterschieden (Stand Ende 2014).

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2016)

Libyen ist laut Verfassungserklärung von 2011 eine Republik mit parlamentarischer Demokratie. Durch das von der UN-Mission UNSMIL (United Nations Support Mission for Libya) vermittelte Politische Abkommen vom 17.12.2015 werden die Staatsorgane neu bestimmt: Staatsoberhaupt ist ein neunköpfiger Präsidialrat unter Vorsitz von Fayed al-Sarraj, der zugleich Ministerpräsident ist. An der Gesetzgebung ist neben dem Parlament (Rat der Volksvertreter) auch ein Staatsrat beteiligt. Diese Institutionen sollen maximal zwei Jahre (bis Ende 2017) im Amt bleiben und dann durch eine Regierung, die auf Grundlage einer neuen Verfassung von einem neugewählten Parlament bestimmt wird, abgelöst werden. Das im Februar 2014 gewählte Komitee zur Ausarbeitung einer Verfassung (CDA) sollte laut Politischem Abkommen vom 17.12.2015 bis März 2016 einen Verfas-

sungsentwurf vorlegen. Zu einem daraufhin vorgelegten Entwurf regte UNSMIL zahlreiche Nachbesserungen an, um diesen an Libyens völkervertragsrechtliche Verpflichtungen (u.a. Menschenrechte) anzupassen. Die Arbeit der CDA leidet u.a. darunter, dass Vertreter der Minderheiten (Amazigh, Tuareg, Tebu) ihre Mitarbeit suspendierten. In einem Konklave in Oman im März 2016 wurde versucht, die Arbeit des CDA zu dynamisieren. Seit Mitte 2014 gab es zwei konkurrierende Lager: Das im Juni 2014 gewählte Parlament (Rat der Volksvertreter) mit der Regierung Abdallah al-Thni zog sich im August 2014 unter dem Eindruck der Offensive westlibyscher Milizen in die ostlibyschen Städte Tobruk (Parlament) bzw. Beida (Regierung) zurück und integrierte die militärischen Kräfte, die sich ab Mai 2014 unter Führung von General Khalifa Haftar unter dem Namen "Würde" (Karama) formiert hatten. Im Westen ließ die "Morgenröte" (Fajr) genannte militärische Allianz aus islamistischen Milizen und Revolutionären aus der wichtigen Hafenstadt Misrata den im Juni 2014 abgewählten Allgemeinen Volkskongress (GNC) wieder auferstehen und bildete eine Gegenregierung "der Nationalen Rettung". Mit der Erklärung der Befreiung ganz Libyens am 23.10.2011 hatte Libyen ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufgeschlagen. Der Übergang Libyens zu einer stabilen Demokratie wird jedoch auch im Jahre 2016 von internen Konflikten behindert. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Konfliktparteien innerhalb Libyens verschärften dabei seit 2014 die Lage. Unter Vermittlung von Bernardino León, dem Libyen-Sondergesandten des UN-Generalsekretärs, sowie seinem Nachfolger, dem deutschen Diplomaten Martin Kobler, fanden seit September 2014 kontinuierlich Verhandlungen zwischen den verschiedenen Streitparteien statt, um im Wege der Machtteilung die seit Juli 2014 eskalierenden Auseinandersetzungen zu beenden. Keine der beiden Regierungen konnte in der Folgezeit politisch oder militärisch großräumig effektive Macht ausüben. Libyen fragmentierte in zahlreiche Kampfzonen mit jeweils eigener Dynamik. Die zunehmende Einnistung der Terrorgruppe ISIS, insbesondere an der zentrallibyschen Küste (Großraum Sirt), verstärkte jedoch lagerübergreifend das Bewusstsein, einen gemeinsamen Feind zu haben. Nach monatelangen Verhandlungen, eng begleitet von einer Unterstützergruppe aus USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China, Deutschland, Italien, Spanien, der EU, Ägypten, der Türkei, Algerien und weiteren Regionalstaaten konnte am 17.12.2015 das Politische Abkommen unterzeichnet werden. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 23.12.2014 eine flankierende und den Präsidentialrat als einzige legitime Autorität anerkennende Resolution (2259). Das Parlament stimmte dem Abkommen am 25.01.2016 grundsätzlich zu; die Zustimmung zu der vom Präsidentialrat vorgelegten Kabinettsliste steht allerdings noch aus. Der Präsidentialrat hat am 30.03.2016 seine Arbeit in Tripolis aufgenommen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Libyen/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Libyen zusammen mit dem Jemen und Sudan auf Platz 170 (2015: Platz 161). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit 1951 traten Konflikte zwischen Monarchisten und Republikanern auf. Die damalige Situation in Libyen war ebenso durch Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung geprägt. Mit der Entdeckung

des Erdöls zeigten sich zudem soziale Spannungen zwischen den traditionell Reichen und den durch das Öl schnell reich gewordenen Libyern. Zusätzlich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Libyen immer größer. Mit der Machtübernahme durch Muammar al-Gaddafi entspannte sich jedoch zunächst die innenpolitische Lage deutlich. Libyen hatte lange Zeit keine gravierenden ethnischen Konflikte zu verzeichnen und es kam nur zu sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen. Zurückzuführen ist dies auch auf den Regierungsstil Al-Gaddafis. Dieser führte dazu, dass Libyen trotz aller Spannungen und Konflikte mit ausländischen Staaten lange Zeit ein erstaunliches Maß an innerer Stabilität aufweisen konnte. Maßgeblich gelitten haben darunter Minderheiten, Oppositionelle und die demokratische Reformbewegung.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagenen Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zunächst zu einer Entspannung bei. Ende 2010 zeichnete jedoch bereits eine Zuspitzung des Konflikts ab, der im Zuge der allgemeinen Umstürze in der Region im Frühjahr 2011 eskalierte. Im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region kam es zu einem bewaffneten Konflikt in den die NATO (mandatiert durch die Vereinten Nationen) eingriff. Zwar haben es aufständische Gruppen mit Unterstützung der NATO vermocht, Gaddafi zu stürzen, eine geeinte Opposition war jedoch nicht vorzufinden. Primäres Ziel der Aufständischen war es, Gaddafi aus dem Land zu vertreiben und eine neue Regierung einzusetzen. Die NATO hingegen, mandatiert von den Vereinten Nationen, hat das primäre Ziel, mit Hilfe von militärischen Mitteln (Luftschlägen) die humanitäre Katastrophe zu begrenzen und Angriffe der libyschen Armee auf Zivilisten zu verhindern. Im Zuge des Krieges starben nach Schätzungen zwischen 10.000 bis 50.000 Zivilisten. Nach der offiziellen Befreiung Libyens am 23. Oktober 2011 durch Truppen des „National Transitional Council“ wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, die die Abstimmung über eine neue Verfassung sowie die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorbereiten sollte. Im Juli 2012 wählte das libysche Volk ein neues Parlament. Im Dezember 2015 hatten die Vertreter der beiden libyschen Regierungen in Marokko ein von der UNO vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet, um den Bürgerkrieg zu beenden. Der Vertrag sieht eine Einheitsregierung und einen Präsidialrat für eine Übergangszeit von bis zu zwei Jahren, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen vor. Das Abkommen ist aber unter anderem innerhalb der Parlamente umstritten. Jedoch lehnte das international anerkannte Parlament für Libyen die von der UNO unterstützte Regierung der nationalen Einheit im Januar 2016 ab. Dies bedeutet einen schweren Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise im Land.

Geographische Lage

Libyen umfasst eine Fläche von 1,76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden beziehungsweise Südosten teilt es die Grenze mit Niger, Tschad und dem Sudan. Im Osten grenzt Libyen an Ägypten.

Politische Situation in der Region

Libyen bemühte sich seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei zielten die libyschen Bemühungen sowohl auf die arabische Welt wie auch den afrikanischen Kontinent ab.

Im Februar 1989 gründete Libyen zusammen mit Tunesien, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltet beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Muammar al-Gaddafi die Sahel- und Saharastaatengemeinschaft (SinSad). Diese geriet in den Ruf, einzig als außenpolitisches Instrument Libyens zu funktionieren, da es Libyen mit Hilfe der anderen Mitgliedstaaten und durch politische und ökonomische Unterstützung derselben gelang, Verbündete gegen die USA bzw. die UN zu gewinnen und Sanktionen teilweise zu unterlaufen. Mittlerweile hat sich dieser Vorwurf gelegt und die SinSad hat sich zu einer dynamischen Regionalorganisation entwickelt, die wichtige Nordafrika- und den Sahararaum übergreifende Probleme diskutiert und nach Lösungsansätzen sucht.

Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 geht auf die Initiative von Muammar al-Gaddafi zurück. Bereits 1999 warb er für eine Reform der damaligen Vorgängerorganisation Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) und propagierte die Idee der Vereinigten Staaten von Afrika mit einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Währung und einer zentralen Führung. Zwar lehnten viele afrikanische Staaten die Pläne Gaddafis ab, ihre Skepsis bezüglich einiger Reformen konnte Gaddafi jedoch durch oftmals finanzielle Mittel abmildern, wodurch schließlich die Gründung der AU beschlossen wurde.

Die Beziehungen zu Algerien sind aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und ähnlicher außenpolitischer Interessen freundschaftlich und gut. Die in den 1980er Jahren aufgetretenen Spannungen sind längst überwunden. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone.

Des Weiteren ist die Libyen die UN-Unterstützungsmission UNSMIL aktiv, die dichten Kontakt zu den libyschen Akteuren pflegt und den Friedensprozess fördert. Besonderes Gewicht hat die EU als potenziell wichtigster Unterstützer einer Nachkonflikt-Regierung. Die EU bekräftigte, dass ein friedliches und geeintes Libyen Aussichten auf Aufnahme in EU-Nachbarschaftsprogramme hat.

Derzeit wird das Verhältnis von Libyen zur EU durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus dem nordafrikanischen Land belastet. Die am häufigsten gewählte Route führt dabei über das Mittelmeer und lässt sich nur schwer kontrollieren. Im Mai 2015 lehnte die international anerkannte Regierung im Bürgerkriegsland jedoch ein militärisches Vorgehen von Seiten der EU gegen Schleuserbanden im Mittelmeer und in den Häfen des Landes strikt ab. Die Regierung im ostlibyschen Tobruk kontrolliert jedoch nur bestimmte Teile des Landes. In der Hauptstadt Tripolis hat sich eine von Islamisten domi-

nierte Gegenregierung gebildet. Aus ihrem Einflussgebiet brechen die meisten Flüchtlingsschiffe auf. Das Chaos in dem Land haben zudem Extremisten wie die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) genutzt, um einige Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Der IS soll Menschenschmuggel als Finanzquelle nutzen.

Grenzkonflikte

Frühere Grenzprobleme mit Ägypten sind mittlerweile beigelegt. Aus dem Aouzou-Streifen im Norden des Tschads musste sich Libyen 1994 nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zurückziehen. Derzeit werden keine offenen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten ausgetragen. Da Libyen jedoch ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem algerischen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI) sind amerikanische Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum sowie in der Sahel Zone stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Libyen 90 Prozent im Jahre 2015, und ist damit im Vergleich zum Vorerhebungsjahr um einen Prozentpunkt gestiegen (2013: 89 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weist Libyen damit die höchste Rate an Technologiepiraterie in der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2015 auf geschätzte 65 Millionen US-Dollar (2013: 50 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 9

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (April 2016)

Kerngeschäft der UN-Unterstützungsmission UNSMIL (United Nations Support Mission for Libya) war seit September 2014 die Moderation des Friedensprozesses unter Leitung des damaligen UN-Sondergesandten Bernardino León. Nach der Unterzeichnung des "Libyschen Politischen Abkommens" am 17.12.2016 in Skhirat/Marokko geht es nun um die Umsetzung dieses Abkommens. Wichtigster Förderer des Friedensprozesses war die "3+5-Gruppe", bestehend aus VN, USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland und EU. Mit dichten Kontakten zu UNSMIL, zu den libyschen Akteuren und zu maßgeblichen Regionalstaaten sowie mit häufigen öffentlichen Erklärungen nahm sie auf den Fortgang der Verhandlungen entscheidenden Einfluss. Besonderes Gewicht hat die EU als potenziell wichtigster Unterstützer einer Nachkonflikt-Regierung. Die EU bekräftigte, dass ein friedliches und geeintes Libyen Aussichten auf Aufnahme in EU-Nachbarschaftsprogramme hat. Die libysche Außenpolitik reflektierte auch im vergangenen Jahr hauptsächlich die innenpolitischen Lagerbildungen. Die Regierung in Tobruk suchte in zahlreichen Besuchen vor allem in Ägypten, aber auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Jordanien politische und praktische Unterstützung für ihre lange Zeit auf militärisches Obsiegen setzende Politik zu finden. Für den Friedensprozess war dies eines der wichtigsten Hindernisse. Spiegelbildlich hierzu suchte die Gegenregierung in Tripolis Unterstützung insb. durch Qatar und die Türkei. Offizielle Anerkennung erfuhr die Gegenregierung jedoch - trotz zahlreicher Versuche - nirgends, auch nicht in diesen Staaten. Libyens Nachbarstaaten (Ägypten, Sudan, Niger, Mali, Algerien, Tunesien) führten mehrere Ministerkonferenzen durch, die ebenso wie Beschlüsse der AL und einer internationalen Libyen-Kontaktgruppe der AU den VN-Verhandlungsprozess stützen. Ägypten, Algerien und Marokko waren in den Verhandlungsprozess eingebunden, indem jeder dieser Staaten einen der VN-Verhandlungsstränge beherbergte (Algerien: politische Persönlichkeiten; Ägypten: Stammesälteste). Marokko spielte als Gastgeber, für den Haupt-Verhandlungsstrang und die Unterzeichnung des Friedensabkommens (in Skhirat, nahe Rabat) eine besondere Rolle.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Libyen/Aussenpolitik_node.html

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhärtete sich über die Jahre zusehends. Neben dem Vorwurf, Libyen unterstütze indirekt terroristische Organisationen, wie etwa die nordirische Untergrundbewegung Irish Republic Army (IRA), mit Waffenlieferungen oder auch finanziellen Zuwendungen, konnte Libyen ebenso eine direkte Beteiligung an Terroranschlägen nachgewiesen werden. Ein Anschlag auf die vornehmlich von US-amerikanischen Soldaten besuchte West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985 bildete den Auftakt einer Reihe von Terror-Anschlägen mit nachweislich direkter Beteiligung. Der verheerendste Anschlag des „libyschen Terrors“ geschah im Dezember 1988 mit einem Anschlag auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines. Durch eine Kofferbombe wurde das Flugzeug nahe der schottischen Stadt Lockerbie zur Explosion gebracht und 270 Menschen starben. Ein ähnlicher Anschlag ereignete sich kurze Zeit später über der Ténéré-Wüste im Niger. Bei der Explosion eines französischen Flugzeuges kamen dort 171 Menschen ums Leben. Beide Anschläge galten als Vergeltungsakt für die militärische Unterstützung des Nigers im Tschad-Konflikt seitens Frankreichs beziehungsweise Israels durch die USA. Aufgrund dieser Ereignisse, wurden schließlich umfassende Sanktionen von den USA, der EU und den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der Sanktionen und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer Kehrtwende in der libyschen Einstellung zum Terrorismus. Zum einen war die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen mit den Auflagen verknüpft, dass Libyen Entschädigungszahlen für die Lockerbieopferfamilien leisten müsse, die volle Verantwortung für die Anschläge von Lockerbie übernehmen solle und dem Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele definitiv abschwören müsse. Zusätzlicher Druck entstand durch 9/11 und die Forderung des damaligen US-Präsidenten Bush sich klar zu positionieren, um nicht selbst ins Fadenkreuz zu rücken und damit selbst Angriffsziel zu werden. Libyen positionierte sich von Beginn an der Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Laut Medienberichten soll es bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem Treffen einer libyschen Delegation mit Vertretern des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes gekommen sein. Dabei

wurde offenbar die libysche Unterstützung im Kampf gegen den Terror unterstrichen und Libyen übermittelte den Geheimdienstmitarbeitern wichtige Unterlagen.

Ebenso wie andere Regionen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika, hat auch Libyen mit dem wachsenden Einfluss der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ zu kämpfen, der von den innerlibyschen Streitigkeiten profitiert. Derna, Benghazi und Sirte waren schon immer lokale Dschihadisten-Hochburgen mit historisch gewachsenen Milieus. Nun konnten diese vom Chaos profitieren und sich ausbreiten, denn es gab keine staatlichen Strukturen mehr, die ihnen hätten entgegengetreten können. Mit der Eskalation des Konflikts in Syrien sind viele Libyer dorthin gereist, haben mit dem IS gekämpft und sind wieder nach Libyen zurückgekehrt. Die deutsche Bundesregierung befürchtet ein weiteres Erstarken des IS in Libyen in kommender Zeit. Noch seien die Kräfte des IS in Libyen meist nur Splittergruppen der islamistischen Milizen, allerdings gebe es laut der Lageanalyse bei diesen Einheiten bereits teilweise personelle Bezüge zum IS im Irak und in Syrien.

Der Islamische Staat dehnt sich im Tagesrhythmus überall dorthin aus, wo ein Machtvakuum herrscht. Auch dem soll die neue Regierung der nationalen Einheit entgegenwirken. Denkbar sei es daher, laut Experten, eine Unterstützung Libyens Armee durch eine Trainingsmission im Kampf gegen den Terrorismus; diese könnte von einer „Koalition der Willigen“ gestellt werden.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Libyen boykottierte zum wiederholten Male, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Libyen keine Daten.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht. Der Konflikt hat zur teilweisen Plünderung der staatlichen Waffenarsenale geführt. Libyen ist ein wichtiger illegaler Waffenlieferant für Nordafrika sowie für Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden mittlerweile in bis zu 14 Länder geschmuggelt und sind an Konflikten auf mehreren Kontinenten beteiligt. Viele der Waffen, darunter auch MANPADS, finden sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen in der Sahel-Zone oder im Konflikt in Syrien. Auch in die Hände von westafrikanischen Rebellen gelangten libysche Waffen, beispielsweise in Sierra Leone. Gerade die Verbreitung von schultergestützten Boden-Luft-Raketen (MANPADS) bereitet der internationalen Gemeinschaft große Sorgen. Die weiterhin schwierige Lage in dem Land dürfte die unerlaubte Ausfuhr von Rüstungsgüter und Waffen erheblich erleichtern. Der Waffenschmuggel in der Region wird noch heute aus Beständen genährt, die noch vom alten libyschen Regime angelegt worden waren, aber auch aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner Ghaddafis. Nach dessen Sturz waren es Waffen aus Libyen, die den Konflikt in Mali anheizten. Weitere Waffen sind in die Hände von Extremisten in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel, Niger und Algerien geraten. Insbesondere auf den Staat Ma-

li entfalten die geschmuggelten Waffen aus Libyen verheerende Wirkungen: Die libyschen Waffen gelangten in die Hände von Rebellen, die dadurch im Mai 2012 die demokratische Regierung stürzen konnte.

Des Weiteren besteht ein reger Austausch an Waffen mit dem Nachbarland Tunesien. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch die Berberstämme erfasst haben.

Die Entscheidung der libyschen Regierung, einen dritten Grenzübergang in Mashhad Salih-Tijji zu eröffnen, könnte den Waren- und Waffenverkehr weiter antreiben.

Aus Libyen gelangten zudem immer wieder Waffen in die Hände syrischer Rebellen. Die beliebteste Schmuggelroute dafür verlief über die Türkei oder über den Norden des Libanon. So wurde beispielsweise im April 2012 eine Schiffsladung, die aus Libyen stammte und für die syrischen Rebellen bestimmt war, von den libanesischen Behörden beschlagnahmt. Einige Container enthielten Milan-Raketen mit der deutschsprachigen Aufschrift „Bodenziel“ und dem Kürzel „LFK“, das für „Lenkflugkörper“ steht. Das belegen Fotos des Fundes, die von libanesischen Netzaktivisten veröffentlicht wurden.

Laut einem UN-Bericht haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2016)

Die libysche Wirtschaft leidet unter erheblichen Strukturmängeln: Sie ist extrem abhängig vom Öl- und Gassektor, der 2013 70 Prozent des BIP, 99 Prozent der Exporte und 97 Prozent der Staatseinnahmen stellte. Der starke Rückgang des Weltmarktpreises hat extreme Auswirkungen, Ansätze zu einer Ausweitung der Privatwirtschaft wurden durch die krisenhafte Zuspitzung im 2. Halbjahr 2014 unterlaufen. Die Haushaltsausgaben fließen zu jeweils 40 Prozent in Gehälter und Subventionen. Sie sind gegenwärtig zu weniger als der Hälfte durch Einnahmen, sondern durch Aufbrauchen der Währungsreserven gedeckt. Die massiven Subventionen insbesondere von Benzin, Strom und Grundnahrungsmitteln belasten nicht nur den Staatshaushalt, sondern destabilisieren auch: Sie begünstigen den Schmuggel mit den Nachbarländern, der wiederum das Rückgrat zahlreicher Milizen darstellt. Der Arbeitsmarkt wird durch die (Beschwichtigungs-)Politik der unproduktiven Gehalts- bzw. Rentenzahlungen verzerrt, das Staatsbudget wird hierdurch erheblich belastet. Diese Strukturängel wirkten sich im Verlauf der vertieften politischen Krise seit Juli 2014 besonders nachteilig aus. Die Konfliktparteien versuchten erfolglos, die Nationale Ölbehörde NOC in Tripolis unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie unterhält das Konto, auf das die Bezahlung libyscher Öl- und Gasexporte zu erfolgen hat. Die Einnahmen aus Ölexporten brachen auch 2015, wie schon 2014, dramatisch ein. Die zunehmende militärische Eskalation seit Mitte Juli 2014 und Angriffe des Islamischen Staates, der sich 2015 im Großraum Sirt etabliert hat, führten zur Beschädigung von Ölförderungs- und -verladeeinrichtungen im Sirte-Becken (insb. Hafen Ras Lanuf). Auch nach einem Ende des Konflikts wird die Instandsetzung der Öl-Infrastruktur Zeit und große Investitionen verlangen. Die (vor allem von der Zentralbank bestimmte) libysche Finanzpolitik zielt daher auf

eine Reduzierung der Gehaltszahlungen (Vermeidung von Doppelzahlungen durch Bindung der Zahlungen an die sog. Nationale Identitätsnummer), Reduzierung der Subventionen (insb. bei Grundnahrungsmitteln) und Importrestriktionen für devisenträchtige Luxusimporte. In allen drei Bereichen gab es begrenzte Fortschritte. Deswegen konnte das Abschmelzen der Reserven gegenüber früheren Schätzungen etwas verlangsamt werden (auf ca. zwei Jahre, statt weniger Monate). Dennoch ist die Lage weiterhin kritisch. Die angespannte Haushaltslage führte zu Liquiditätsengpässen (Bargeld-Ausgabe an Automaten), zur restriktiven Erteilung von Akkreditiven, zu Kapitalflucht und zu einem starken Kursverfall des LYD (Schwarzmarkt). Ein hoher Anteil der staatlichen Gelder versickert zudem in der Korruption. Die Kämpfe haben daneben weitere öffentliche Infrastruktur in Mitleidenschaft gezogen. Viele wohlhabende Familien haben in der zweiten Jahreshälfte 2014 das Land verlassen, vornehmlich nach Tunesien. Der Linienflugverkehr ist stark zurückgegangen, Einflüge in Libyen registrierter Flugzeuge in den EU-Luftraum sind untersagt. Seehäfen werden weiter angelaufen, aber nach vereinzelt Luftangriffen gegen Schiffe, die Benghazi und Häfen im Sirte-Becken anlaufen, ist Versicherungsschutz äußerst schwer erhältlich. Ausländische Firmenangehörige sind im Sommer 2014 ausgereist, ihre lokalen Angestellten können in der Regel nur einen rudimentären Geschäftsbetrieb aufrechterhalten. Das Ausstellungs- und Messewesen ist zum Erliegen gekommen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Libyen/Wirtschaft_node.html

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

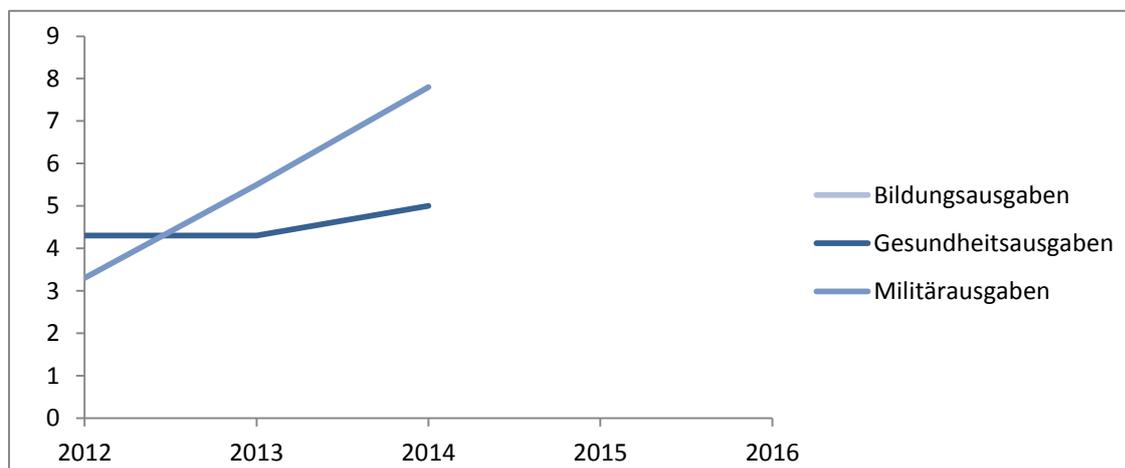
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3110	4054	3738	-	-
Militärausgaben/BIP	3,3	5,5	7,8	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	4,3	4,3	5,0	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2011	2012	2013	2014	2015
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	471,02	107,19	73,64	101,87	68,99
Net ODA (% of GNI)*	1,33	0,13	0,11	0,24	0,21
Deutsche ODA Zahlungen*	15,34	7,93	6,51	5,8	11,07

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2014); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2014).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2011	2012	2013	2014	2015
Militarisierungswert	550	600	594	509	473
Index-Platzierung	97	75	78	117	129

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2011	2012	2013	2014	2015
Ägypten	Militarisierungswert	722	716	708	709	709
	Index-Platzierung	26	26	28	27	27
Algerien	Militarisierungswert	749	746	748	753	758
	Index-Platzierung	17	17	16	14	14
Niger	Militarisierungswert	445	437	437	435	450
	Index-Platzierung	137	143	136	137	134
Sudan	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Tschad	Militarisierungswert	648	647	654	620	607
	Index-Platzierung	52	49	45	58	68
Tunesien	Militarisierungswert	584	582	584	593	599
	Index-Platzierung	85	83	82	76	73

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2016.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Die Platzierung der Länder kann aufgrund der Berechnungsmethode nur innerhalb eines Jahres verglichen werden, ist jedoch zur Veranschaulichung hier aufgeführt. Durch eine unterschiedliche Datenbasis in den einzelnen Jahren variiert die Anzahl der erfassten Länder in den einzelnen Jahren, so dass die Platzierung nicht über verschiedene Jahre hinweg verglichen werden kann.

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Ägypten	Militärausgaben (absolut)	4773	4734	5164	5475	5357
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,7	1,7	1,6
Algerien	Militärausgaben (absolut)	8001	8642	9953	10413	10654
	Militärausgaben/BIP	4,5	4,8	5,5	6,3	6,7
Niger	Militärausgaben (absolut)	131,5	88,7	-	-	164
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,4	-	-	2,2
Sudan	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	2280	2465
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	3,0	3,1
Tschad	Militärausgaben (absolut)	-	640	340	221	260
	Militärausgaben/BIP	-	5,6	2,8	2,0	2,6
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	631	692	824	979	1027
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,6	1,9	2,2	2,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.753	0.789	0.784	0,724	0,716

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Zwar ist die Stärke der Streitkräfte einigermaßen konstant geblieben und auch der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt hat sich deutlich

verringert, dennoch sind die Militärausgaben während der letzten Jahre signifikant gestiegen. Dies ist sicherlich auf die wirtschaftliche und rüstungsindustrielle Situation nach den jahrelangen Sanktionen zurückzuführen. Zwar verfügt das Land über hohe Öleinnahmen, doch wurden diese lange Zeit nicht in gesellschaftliche Sektoren gelenkt oder zu umfangreichen und nachhaltigen Investitionen in die Wirtschaft genutzt. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings wird die Entwicklung des Landes nachhaltig negativ beeinflussen. Inwieweit zukünftige Öleinnahmen zum Wiederaufbau genutzt werden oder zum Aufbau eines besseren Gesundheits- und Bildungssystems bleibt offen.